

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Straßband 3,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Interessenten können die Adresskarte, den Preisvermerk oder deren Name 50 Pf., kleine Anzeigen das fertige Blatt 40 Pf., jedes weitere Blatt 20 Pf., Leertexte 10 Pf. bei Familien- und Vereinstarifen halbiert. Bei der Zustellung sind die Anzeigen für den darauffolgenden Tag möglichst bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition anzugeben (s. s. 1. Spalte).  
Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19.  
Verantwortlicher: Kurt Kreyden 9768.

# Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der Gewaltstreich in Braunschweig.

### Die Besetzung Braunschweigs.

Verhaftung Eichhorns.

Am 9. April sind die Arbeiter Braunschweigs in den Generalstreik getreten unter der Parole: Alle Macht den Arbeiterräten! Am Tage darauf antwortete das Bürgertum seinerseits mit dem allgemeinen Streik. Die Reichsregierung hat diesen Anlauf benützt, um mit Waffengewalt der verhassten radikal-sozialistischen braunschweiger Bewegung entgegenzutreten. Sie hat dieses Vorhaben auch durchgeführt, obwohl zwischen den Vertretern des Bürgertums und denen der Arbeiter Mittwoch eine Vereinbarung zustande gekommen war, am Dienstag nach Ostern die Arbeit in allen Betrieben wieder aufzunehmen.

Ueber die Besetzung Braunschweigs liegt folgende halbamtliche Meldung vor:

Mittwoch mitternacht sind die ersten Regierungstruppen in die Stadt eingerückt; zusammen mit ehemaligen aktiven braunschweigischen Militärpersonen besetzen sie an mehreren Stellen Posten. Vor dem Hauptpostamt wurde eine Maschinengewehr aufgestellt. Die Volkswehr ist verstreut, ihre Posten sind unbesetzt und ihre Kasernen fast leer geräumt. Von Widerstand ist nichts bekannt geworden. Im Laufe des Vormittags und Mittags sind weitere Truppen sowie General Maercker selbst angekommen. Die Truppen wurden auf den Straßen von der Einwohnerwehr freudig begrüßt, mit Blumen geschmückt und bewillkومت. Vom Ministerium wehen zwei schwarz-weiß-rote Fahnen; auch auf dem Schloß, das ebenfalls von Regierungstruppen besetzt ist, weht an Stelle der roten Fahne die Reichsfahne. Verschiedene Privathäuser schlagen in den Reichsfarben. Braunschweig atmet auf. Die Haupter der kommunikativen Bewegung, Merges, Kiesel usw., sollen verschunden sein, Eichhorn soll Braunschweig gestern abend im Flugzeug verlassen haben.

Privatnachrichten aus Braunschweig melden, daß Eichhorn Braunschweig in einem Flugzeug verlassen habe, das in der Nähe von Holzwinden zu einer Notlandung gezwungen war. Eichhorn wurde bei dieser Gelegenheit von Regierungstruppen festgenommen.

General Maercker hat folgenden Befehl bekanntgegeben:

1. Im Einvernehmen mit der Reichsregierung wird die Bevölkerung entwaffnet nach Maßgabe meines noch zu veröffentlichenden Befehls.
2. Die bestehende Volksmarinebrigade und Volkswehr werden aufgelöst. Die bisherigen Angehörigen dieser Verbände, die nicht die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen, werden abgeschoben. An Stelle der aufgelösten Verbände treten neueformationen nach meiner Anweisung.

Die bisherige Regierung in Braunschweig lege ich ab. Eine neue Regierung entsprechend der Zusammensetzung der Landesversammlung richte ich ein.

Den Braunschweiger Arbeiterrat löse ich auf. Der Ex-Präsident Merges und die kommunikativen Volkskommissare Oetzer, Echart und der frühere Vorsitzende des V. und S. Rates Gustav Schäfer aus Berlin werden in Schutzhaft genommen, bis über die Einsetzung eines gerichtlichen Verwahrs und den Erlass eines gerichtlichen Haftbefehls gegen diese Personen entschieden ist. Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen und die Umstände es erfordern, wird gegen andere Personen in gleicher Weise verfahren.

Den Umfang meiner militärischen Maßnahmen mache ich von dem Verhalten der bisherigen Regierung und der Bevölkerung des freistaatlichen Braunschweig abhängig.

Es ist unerwünscht, woher die Regierung die gesetzliche Befugnis zu dem Einschreiten ableitet, da die braunschweiger Regierung, die aus Unabhängigen und Radikalsozialisten zusammengesetzt ist, vom Landtage ausdrücklich bestätigt wurde. Doch diese Regierung der Koalitionsregierung Scheidemanns nicht post, kann die schließliche gesetzliche Unterlage wohl nicht ersehen. Aber bei dieser Frage länger zu verweilen, ist wohl ein müßiges Vergnügen, da ja Herr Röske längst erklärt hat, daß er sich um solche juristische Tüfteleien nicht kümmern wird.

Die Arbeiterschaft Braunschweigs hat jedenfalls im letzten Moment sehr vernünftig gehandelt, daß sie einen ausföhrlichen Widerstand nicht erst verübt hat. Dabei kann freilich nicht verdrungen werden, daß sie von Anfang an mit einem solchen Vorhaben der Regierung hätte rechnen müssen. Es bestätigt sich eben immer wieder die Lehre, daß

solche lokalen und zerstückelten Bewegungen von vornherein wenig Aussicht auf Gelingen haben. Will die Arbeiterklasse die Revolution fortföhren, dann muß sie es verstehen, ihrer Bewegung einen allgemeinen und einheitlichen Charakter zu geben.

Aber auch die Rechtssozialisten in Braunschweig sind mit dieser Gewaltaktion Röskes und Maerckers nicht einverstanden und verlangen ihre Aufhebung. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ mitteilt, hat der braunschweigische Kellertenausschuß an die Reichsregierung nach Berlin das folgende dringende Telegramm gerichtet:

An die Reichsregierung — Berlin.

General Maercker verfügte: „Die bisherige Regierung lege ich ab und erteile entsprechend der Zusammensetzung der Landesversammlung eine neue Regierung.“ Diese Absetzung ist ungeschliffen. Eine neue Regierung, auch eine vorläufige, kann nur von der Landesversammlung gewählt werden. Die Vollbeauftragten haben sich dem Landesausschuß zur Verfügung gestellt, föhren aber die Geschäfte mit dessen Einvernehmen weiter. Die Eingriffe in die bundesstaatlichen Rechte sind unzulässig. Wir fordern die sofortige Aufhebung dieser Verfügungen. General Maercker kündigte an, die Landtagsabgeordneten Oetzer und Echart in Schutzhaft zu nehmen.“ Wir legen einmütig Verwahrung gegen solche Verhaftungen ein. Sie verstoßen gegen die Verfassung, gefährden die Immunität der Abgeordneten und sind politisch bedenklich und unerwünscht. Weiter läßt General Maercker den Arbeiterrat auf. Dieser unbefugte Eingriff verstoßt gegen unsere Verfassung. Wir bitten, diese Verfügung als ungültig aufzuheben. Dana scheidet der General den verschärften Belagerungszustand an. Wir erteilen Widerungen, um das Wirtschaftsleben möglichst wenig zu föhren. Die Standgerichte sind ungerechtfertigt. Die Bevölkerung ist ruhig, jedoch ist besonders die Arbeiterschaft durch die Militärdiktatur erregbar. Die Vermittlung der Vollbeauftragten letzte den Generalstreik bei und ermöglichte den kampflosen Einzug der Truppen. Dauernde Ruhe ist nicht durch eine Diktatur, sondern nur durch ein geschäftliches Vorgehen zu erzielen. Es wird um eine Anweisung gebeten, daß der General im Einvernehmen mit dem Kellertenausschuß handelt, der die Landesversammlung vertritt. Wir bitten eine sofortige Unterredung, um die Verhältnisse zu klären.

Dr. Jäpper, Präsident. Klaus, Landesbankdirektor.

Jäpper ist Führer der Rechtssozialisten in Braunschweig und Präsident der Regierung!

### Keine Aufhebung des Belagerungszustandes!

Die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte vom 20. März beschloß, das preussische Staatsministerium zu ersuchen, den über Berlin verhängten Belagerungszustand aufzuheben und beantragte den Vollzugsrat damit, dies dem Ministerium des Innern zur Kenntnis zu bringen.

Auf das an das preussische Staatsministerium am 27. März 1919 gerichtete Schreiben erhielt der Vollzugsrat gestern folgende Antwort:

„Dem Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes kann zur Zeit nicht entsprochen werden, da die Voraussetzungen hierfür noch nicht vorliegen, zumal es neuerdings in Magdeburg und Dresden zu Ausföhrungen gekommen ist, wie sie ähnlich bei Aufhebung der durch den Belagerungszustand ermöglichten härteren Ueberschau auch für Groß-Berlin nicht ausgeschlossen wären.“

aus: Ostsch.

Die preussische Regierung hält also hartnäckig an der Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes fest. Sie verneint die Wichtigkeit des alten Wortes, daß mit dem Belagerungszustand jeder Einzelne regieren kann. Sie beruft sich auf die „Ausföhrungen“ in Magdeburg und Dresden — wobei sie übrigens die Tatsache unterschlägt, daß in Dresden der Belagerungszustand schon vor Ausbruch der Unruhen beschlossen war — und förgert daraus die Notwendigkeit des Belagerungszustandes in Groß-Berlin. Wenn eine solche Beweisföhrung zutreffend wäre, so könnte der Belagerungszustand in absehbarer Zeit überhaupt nicht aufgehoben werden, denn dank der genialen Politik der Regierung werden die Unruhen im Reiche nicht nur nicht abbrechen, sondern sich mehr und mehr verjähren.

### Der reine Hohn!

Keine Sozialisierung — Sicherung der Kapitalsherrschaft

Unter dem irreföhrenden Titel „Organisation der Kohlenwirtschaft“ läßt das Reichswirtschaftsministerium mitteilen:

Der Sachverständigenrat für die Kohlenwirtschaft hat seine erste Tagung nunmehr abgeschlossen und die Vorschläge des Reichswirtschaftsministeriums zur Regelung der Kohlenwirtschaft durchberaten. Er hat sich auf folgende Grundfragen geeinigt:

Ein Reichskohlenrat von 50 Vertretern der bergbauartigen Arbeitgeber und -nehmer, der Verbraucher, des Kohlenhandels und der Wissenschaft leitet die Kohlenwirtschaft.

Den Vertrieb der Kohle übernehmen Syndikate, die in den einzelnen Bergbaubezirken zu errichten sind, soweit sie nicht schon bestehen. In jedem Syndikat stellen die Arbeitnehmer zwei bis drei Aufsichtsratsmitglieder und ein Mitglied des geschäftsföhrenden Vorstandes. Die Gesamtsyndikate, welche Koks erzeugen und absetzen, bilden ein Reichskokssyndikat. Die Syndikate werden in einem Reichskohlenverband zusammengefaßt, in dessen Aufsichtsrat die Arbeitnehmer drei Stellen, die Angestellten eine Stelle besetzen. Auch hier stellen die Arbeitnehmer ein Mitglied des geschäftsföhrenden Vorstandes. Alle wichtigen Fragen können im Wege der Berufung an diesen Reichskohlenrat gebracht werden.

Der Kohlenhandel wird nicht in gebundene Organisationen übergeföhrt. Die Besetzung des unwirtschaftlichen Weltmarktes und der Schutz der Verbraucher wird durch die Zusammensetzung des mit weitgehenden Rechten ausgestatteten Reichskohlenrats und außerdem durch folgende besondere Bestimmungen gesichert: Jedem Verbraucher wird ermächtigt, seinen Bedarf von mindestens einem Eisenbahnwagen zu den dafür festzusetzenden und zu veröffentlichen Preisen, Zeiten und sonstigen Bedingungen gegen Verzählung zu beziehen. Oberste Instanz für die Preisfestsetzung ist das Reichswirtschaftsministerium unter Mitwirkung des Reichskohlenrats. In den Bedingungen wird auch die Notwendigkeit berücksichtigt werden, daß der Bezug möglichst in der verkehrsgünstigsten Fröhljahrs- und Sommerzeit erfolge. Die Gemeinden und bei weniger als 10000 Einwohnern die Kommunalverbände können weitere Preisfestsetzungen für den Kleinhandel vornehmen. Die volle Kostenhaftigkeit der Preisbildung ist das beste Mittel gegen Mißstände. Die Verbrauchergenossenschaften und deren Verbände werden ebenso wie alle Wiederverkäufer im Einkauf bei den Syndikaten unter gleichen Bedingungen gleichmäßig behandelt.

Neben den Betriebsorganisationen werden eine Technische-Wirtschaftliche Gesellschaft für Kohlenbergbau, eine Technische-Wirtschaftliche Gesellschaft für Kohlenverwendung und eine Sozialpolitische Gesellschaft für Kohlenbergbau gebildet, die in loser Organisationsform ein Sammelpunkt für alle Bestrebungen sein sollen, die Kenntnisse auf diesen Sondergebieten in Forschung und Praxis zu föhren. Die Mitglieder des Reichskohlenrats teilen sich auf diese drei Gesellschaften auf und bilden ihren Kern. Daneben beruft der Reichskohlenrat andere Mitglieder in diese Gesellschaften, so daß auch weitere an der Kohlenwirtschaft beteiligte Kreise mitarbeiten können, deren Berufung in den Reichskohlenrat nicht möglich ist, weil eine allzu große Mitgliederzahl dessen Arbeitshäufigkeit beeinträchtigen würde.

Die Oberaufsicht des Reichswirtschaftsministeriums über die Selbstverwaltung der Kohlenwirtschaft beschränkt sich auf die Abordnung eines Bevollmächtigten, der Bestände beanstanden kann, die dem Gemeininteresse zuwiderlaufen. Dadurch können z. B. auch Preisföhungen hintangehalten werden. Auch kann das Reichswirtschaftsministerium Preisoberbrenzungen verlangen.

Das erste wichtige Ergebnis dieser ersten Tagung einer nach der neuen Wirtschaftsauffassung zusammengestellten Körperschaft ist die fast durchwegs einheitliche Annahme der oben niedergelegenen Grundzüge. So oft auch die Gegenstände mancherlei einander gegenüberstanden, so föhrte doch stets die sachliche Erörterung zu einem gangbaren Wege. Einige Sonderfragen wurden an Kommissionen verwiesen.

Der nächsten Tagung des Sachverständigenrats am 15. und 16. Mai wird der inwärtigen in Geheißform zu bringende Entwurf

zu erfolgen werden, so daß mit einer stetiggehenden Erleichterung im Laufe des Juni gerechnet werden kann.

Inzwischen beginnen Kommissionsberatungen über die Regelung der finanziellen Beteiligung des Reiches an der Kohlenwirtschaft. Auch die Frage der Rechte an Lagerstätten (Privatrechte) wird in Verhandlungen mit den Bundesstaaten in Gang gebracht. Da die Frage des unmittelbaren Einflusses der Arbeitnehmer in den Betrieben im Reichsarbeitsministerium bearbeitet wird, so wird das gesamte Gebiet der Kohlenwirtschaft in Bälde seine gesetzgebende Regelung im Sinne der Gemeinwirtschaft gefunden haben.

So sieht also das Zeug aus, das im Reichswirtschaftsministerium zusammengestellt worden ist. Jetzt versteht man, warum den Herren die Sozialisierungskommission so unbehagen gewesen ist und warum sie es so ängstlich vermeiden haben, sie zu den Beratungen des Sachverständigen-Rats hinzuzuziehen. Sie wußten natürlich, daß die Kommission diese Verschwindelung der Arbeiter nicht mitmachen würde.

Von der Vergeßlichkeit der Kohlenproduktion ist überhaupt keine Rede. Die Stellung des Kapitals bleibt hier völlig unberührt. Alles, was geschieht, ist, daß der Betrieb der Kohle Syndikalen übergeben wird. Die Arbeiter dürfen in diesem Syndikat zwei bis drei Ausschüßratsmitglieder und ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes stellen. Sie sind natürlich in hoffnungsloser Minorität.

Das ist aber auch alles. Denn die übrigen Bestimmungen sind Kleinigkeiten, die die Kohlenabnehmer vor Ungleichmäßigkeit bei der Preisfestsetzung schützen sollen. Sonst ändert sich nichts. Denn das Recht, Preiserhöhungen zu verhindern, hatte der preussische Staat durch seine Teilnahme am Kohlenyndikat bisher schon, wenn er davon auch fast nie genügenden Gebrauch gemacht hat. Jetzt wird ja auch gesagt, daß das Reichswirtschaftsministerium Preis-herabsetzungen verlangen kann, nur erfahren wir leider nicht, was geschieht, wenn die Kohlenherren darauf nicht eingehen wollen.

Es muß deutlich gesagt werden, daß das Gesetz der reine Lohn auf jede Sozialisierung ist. Die Regierung gibt damit zu, daß sie weder sozialisieren kann noch will. Aber dann soll sie wenigstens die Wahrheit sagen, soll sagen, daß sie nicht daran denkt, für den Sozialismus zu wirken, und soll nicht vorgeben, an der Umgestaltung der Sozialisierung zu arbeiten. Aus dem Ministerium hat Minister Wissele, dessen Amt jetzt dieses Ministerium herausbringt, die Rechtheit gehabt, seine Zustimmung zu dem Referat Kautskys auszusprechen. Kautsky hat der Regierung vorgeworfen, durch ihre Untätigkeit schwer geschädigt zu haben, und er hat energisch gefordert, daß jetzt endlich Ernst gemacht werde. Dazu sei allerdings diese Regierung unfähig, sie müsse durch eine sozialistische ersetzt werden.

Wissele bestreitet dies. Nun zeigt es sich, daß er schon damals gewußt haben muß, daß in seinem Amt an eine ernsthafteste Sozialisierung gar nicht gedacht wird, daß dort vielmehr alles daran gesetzt werde, um wirkliche sozialistische Arbeit im Interesse des Kohlenkapitals zu sabotieren!

So sehen die rechtssozialistischen Führer auf allen Gebieten fort, was sie am 4. August begonnen haben: die völlige Preisgabe des Sozialismus. Aber wir hoffen, daß diese neue Leistung endlich auch ihre letzten Anhänger darüber aufklären wird, daß es hoffnungslos ist, von diesen Rechnungsträgern irgend etwas zu erwarten.

Wenn irgendein Zweig des Wirtschaftslebens zur Sozialisierung reif ist, ist es der Kohlenbergbau; wenn das Brechen des Kapitalmonopols irgendwo notwendig ist, so ist es hier. Der Entwurf der Sozialisierungskommission gibt den Plan für eine sozialistische Kohlenwirtschaft. Die Regierungsozialisten aber lassen das Kapitalmonopol unangetastet, sie verweigern die Sozialisierung da, wo sie am nützlichsten und nötigsten ist und beweisen damit, nur daß sie überhaupt von Sozialisierung nichts wissen wollen, daß sie bürgerlich geworden sind und daß die Arbeiter nichts, aber auch gar nichts von ihnen zu erwarten haben!

## Der Kampf um München.

München, 17. April.  
Der Generalkriegsrat dauert an. Der gesamte Volt-, Telegraphen- und Telefonverkehr nach Südbayern ist abgebrochen. Die Grenzlinie verläuft von Eichenheim—Walling—Regensburg und Ingolstadt nach der schwäbisch-bayerischen Grenze. München ist vollständig in der Hand der roten Arbeiterwehr. Teile der Regierungstruppen werden bei Dachau, wo ein Anschlag in München besagt, von der roten Armee in Schach gehalten. Ein Vorschlag in Rosenheim wurde von der roten Garde unerwidert. Rosenheim ist noch auf der Seite der Rotepublik, dagegen haben Augsburg, Kempten, Ingolstadt, Passau sich wieder von der Rotepublik abgewandt, während sich Landshut neutral verhält. In München ist eine große Zahl von Geiseln verhaftet worden. Es finden fortgesetzt Hausdurchsuchungen nach Lebensmitteln und Beschlagnahmen von solchen statt. Die Banken sind wieder geöffnet.

München, 17. April.  
Die Mitteilungen des Volkstrats der Betriebe- und Soldatenräte, welche an Stelle der „Münchener Neuesten Nachrichten“ erscheinen, enthalten unter dem 16. nachmittags folgende Bekanntmachung:

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Arbeiter! Genossen! Ihr steht im Krieg mit der Bourgeoisie! Ihr wollt und müßt siegen! Darum Disziplin! Disziplin und nochmals Disziplin! Wählt Euch gute Führer! Scherzt Euch unbedingend und laßt sie fort, wenn sie im Kampf versagen! Bildet Kompanien und Bataillone, versammelt Euch täglich auf festbestimmten Appellplätzen in Euren Betrieben. Diese Appellplätze sollen auch in Alarmfällen Eure Sammelplätze sein, wo Ihr Besche und Instruktionen erhaltet! Lebt Euch in geschlossenen kleineren und größeren Abteilungen zu marschieren! Demonstriert in solchen geschlossenen Jüngen durch die Stadt und sorgt mit allen Mitteln für festen Zusammenhalt. Halbt Gewehre und Munition intakt und gebt sie nicht aus der Hand. Disziplin und proletarische Ordnung werden die Revolution und die proletarische Rotepublik retten. Es lebe das Proletariat und die revolutionären Soldaten!

München, 16. April 1919.  
Der Stadtkommandant Gethofer.

Eine weitere Bekanntmachung des Volkstrats der Betriebe- und Soldatenräte Münchens betrifft die Waffenablieferung der Bürger.

Eine dritte Bekanntmachung des Volkstrats der Betriebe- und Soldatenräte Münchens und seines Wirtschaftsausschusses verbietet die Schließung von Lebensmittelgeschäften, Apotheken und Drogeriehandlungen bei Strafe der Enteignung.

München, 17. April.  
Eine Verordnung des Volkstrats der Betriebe- und Soldatenräte besagt: Vom Streit sind ausgeschlossen: Banken, Sparkassen, Post, Eisenbahn, Eisenbahnwerkstätten, Telegraph, Telefon, Expedition, Elektrizitätswerke, Gaswerke, Wasserwerke, alle mit der Nahrungsmittelherstellung und -versorgung beschäftigten Betriebe, Hotelbetriebe, Arbeiterwohnstätten usw. Konditoreien, Cafés, Kneipenlokale sind geschlossen zu halten. Die Herstellung von Konditoreiwaren ist untersagt. Die Unternehmer sind angewiesen, Lohn für die Streiktag zu zahlen.

Stuttgart, 17. April.  
Auf Bitte der bayerischen Regierung beschloß die Staatsregierung, freiwillige württembergische Truppen zu Disziplinierung nach Südbayern zu entsenden.

Augsburg, 17. April.  
Von einem aus München zurückgekehrten Augsburger wird den Augsburger Neuesten Nachrichten mitgeteilt, daß Dienstag

abend und Mittwoch früh in München Sturm geknallt hat. Da es hier, die Werke Garde sei im Anmarsch. Bei Beginn der ganzen nördlichen Peripherie der Stadt sind Schützengräben und Drahtverhänge angelegt. Vom Röhren-Regierungstruppen soll ein Ultimatum an die kommunale Regierung gestellt worden sein, das das gestern abend behauptete Übergabe forderte. Heute morgen sollte der Kampf beginnen.

## Die Gewaltthat im Ruhrgebiet.

Die rechtssozialistische „Essener Arbeiterzeitung“ überwidt zu der Verhaftung der 400 Verhafteten teile der Bergarbeiter anlässlich ihrer Konferenz in Essen.

Die Verhaftung der 400 Bergarbeiter im Ruhrgebiet große Versehen ereignet, ob Hermit aber die Stimmung unter Bergarbeitern gebessert und die Streikbewegung zum Abbruch gebracht wird, möchten wir bezweifeln. Die veränderte Streiklage durch Auflösen der Streikbewegung bildete den Hauptverhandlungsgegenstand einer Anzahl Delegierter wurde für Beilegung des Streiks eingereiten.

Nach weiteren Schilderungen hat Hauptmann ... hier an dem einen Schachplan entworfen, als ... gegen einen Alermächtigen, Karl ... zu ... Das Gelände um ... werden ... befehlen, Geschütze und Maschinengewehre ... aufmarschieren. Der ... mag ja ein tüchtiger ... sein, zur Beilegung von ... dürfte er aber ... der geeignete Mann sein. Wir befürchten, daß durch ... Maßnahme nur ... Feuer ...

Nach dem Bericht, den wir in der bürgerlichen Presse ... ist man bei der Verhaftung mit den Konferenzteilnehmern ... gerade nicht allzu sanft umgegangen. Die ... und Verletzten — nach einem Bericht sollen es ... nach einem anderen einer — zeigen davon. War das ... Wenn man mit ... Feuer die Konferenz ... dieser ... bei dem ... die ... Gefühle erwecken, bei der Arbeiterschaft aber ...

So müssen also auch in diesem Fall selbst die rechtssozialistischen Arbeiter gegen das Verhalten der Militärs und ihrer eigenen Regierung protestieren.

Bei diesem Vorfalle handelt es sich ebenso wenig wie bei ... Anlässen nur um Uebergriffe eines ... Offiziers, sondern um die Folgen der von der rechtssozialistischen Regierung vorgenommenen Widerberstaltung des alten Militarismus. Mit seiner Hilfe ... die „sozialistische“ Regierung das Verlangen nach ... zu ...

Noch immer vollzieht sich die Wiederaufnahme der ... nur langsam. Die ... der Bergarbeiter ... noch im ...

Wie die V. P. N. mitteilen, ist die Nachricht von ... beachtlichen völligen Einstellung des ... nicht richtig. Obwohl die Kohlenvorräte bei den ... fahnen knapp seien, werde der Güter- sowie ein ... Personenverkehr aufrechterhalten werden können, da Eisenbahnen auch aus anderen Kohlenvorräten mit ... versorgt werden.

## Loppelte Moral.

In der gestrigen Versammlung der Obente der ... gestellten der Metallindustrie, über die wir an anderer ... berichten, hat der Rechtssozialist ... der ... S. V. D.-Fraktion im Arbeiterrat, die ... Wasser und Elektrizität als ... der Arbeiterschaft bezeichnet. Dem ... diese ... keine ... Seine „Objektivität“ geht deshalb so weit, ... Bayern zu verdrängen, daß ...

## Aus den Propheten.

Zagende Masse  
lanzende Wogen  
häumende Reiter!  
Schwertes-Flammel Lanzensplitz —  
Zahlos die Erschlagenen! Masse von Kas!  
Kein Ende der Leichen! Man stürzt über Leichen!  
Weg mit dem Rorkbund, herunter mit der Krone!  
Dies ist nicht dies.  
Empor das Niedrige!  
Herunter das Hohe!  
In Trümmern, Trümmern, Trümmern will ich schlag'n  
Auch dieses bleibt nicht  
bis der kommt, dem gehört  
Das Recht und dem laß gebel

Gefest 21, 31 f.

## Das abgelehnte Abendmahl.

Von Vladimir Korolenko.

Ich war etwa in der vorletzten Klasse, als in unserer Schule irgendein Streich ausgeführt wurde und zwar ein ziemlich höflicher, wenn ich mich recht entsinne. Niemand von uns hatte für die verübte Schandtat etwas übrig, die Schuldigen wurden jedoch von den Kollegen wie üblich der Obrigkeit gegenüber gedeckt. Gerade rühte die Zeit der osterlichen Fasten und der Beichte heran, als uns plötzlich eröffnet wurde, daß die Schüler der oberen Klassen nur bei dem Schulgeistlichen zur Beichte gehen dürften.

\*) Aus Vladimir Korolenkos „Geschichte eines Zeitgenossen“ bringen wir dieses Kapitel. Auf das im Verlag Paul Cassirer, Berlin, längst erschienene, von Rosa Luxemburg übersetzte und eingeleitete Werk des großen russischen Schriftstellers haben wir bereits hingewiesen. Korolenko hat in diesem Buch eine Reihe von Bildern des vergangenen halben Jahrhunderts aus seinem Gedächtnis hervorgeholt und festgehalten, wie sie sich in der Seele des Kindes, dann des Jünglings, endlich des Erwachsenen spiegeln. Seine frühe Kindheit und die ersten Jahre seiner Jugend fallen in die Zeit der sogenannten großen Reformen Alexanders II. Die Mitte seines Lebens hat er unter der harten Reaktion im herrschenden Regimentsdienst und in der Gefängniszeit, sowie unter den ersten Regungen des revolutionären Kampfes verbracht.

Die Neuerung ward mit Befremden und Bedauern aufgenommen. Gewöhnlich wurde nämlich um diese Zeit, zur Entlastung des Schulpopen, der Stadgeistliche Baranowski herangezogen, ein aufrichtig religiöser Mann von reinem und gutem Dergen. Die Schüler gingen auch meist zu ihm und während es vor dem Beichtstuhl des Schulpopen fast leer war, drängte sich alles um Baranowski und wartete auf die Reihe.

Ich war keine Wohl übrig die älteren Vennaler mußten nolan's volens zum Beichtstuhllehrer zur Beichte gehen. . . . Da geschah es, daß gleich nach dem ersten Tag der Beichte die Schuldigen jenes erwähnten Streichs der Obrigkeit bekannt waren. Der Geistliche hatte ihnen scheinbar das Abendmahl verweigert und eine Kirchenbuße auferlegt. Ebe aber die drei Schüler nach Zeit hatten, die Buße anzutreten, wurden sie in den Rarzer geführt und mit Ausschluss aus dem Gymnasium bedroht.

Die Stellungnahme Mübels, die wir nicht für richtig halten, ist aber außerordentlich bemerkenswert, denn bei dem Generalstreik im März war es gerade der Bekluh der Volksgemeinschaft, den Generalstreik auf die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke auszuweiten, der den Rechtssozialisten die höhere Verantwortung bot, mit allen Mitteln den Streikbruch zu betreiben und eine ungeheure Dage gegen die Unabhängigen zu entfalten. Der „Vorwärts“ will sich ausdrücklich dieses Heilmittel auch für die Zukunft nicht enthalten lassen. Er verweigert deshalb, doch der Führer seiner eigenen Fraktion im Arbeiterrat jetzt in dieser Frage einen Standpunkt einnimmt, den der Führer der unabhängigen Fraktion, Genosse Rich. Müller, im März auf das entschiedenste bekämpft hat.

### Beiführer des Meuchelmordes.

Die „Deutsche Tageszeitung“ verzeichnet recht ärgerlich die Nachricht von der Verhaftung des Rägers Nunge, eines der Meuchelmörder Diebsteichs und Rosa Luxemburgs. Das Blatt bemerkt dazu:

„Auch in diesem Zusammenhang setzen wir, daß wir nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß die Rosa Luxemburg ein Opfer ihres hemmungslösen Auftretens geworden ist.“

Diese Sympathiebekundung für die Meuchelmörder soll dem Kewittow-Organ unvergessen bleiben.

### Eine Übergabe.

Die Reichsregierung hat verfügt, daß den infolge Kriegsschuldigen vor dem 9. November 1918 erlassenen Unteroffiziers- und Mannschaften mit Rücksicht auf die Verteuerung aller Lebensgegenstände des täglichen Bedarfs eine einmalige Zulage von 50 Mark gezahlt wird. Die Zahlung erfolgt durch die Vegetationskassen.

### Vor Beginn der Friedensverhandlungen.

#### Die Rede Lloyd Georges.

Aus der bereits kurz gemeldeten Rede Lloyd Georges im Unterhaus tragen wir nach dem Reutersbericht noch einige wesentliche Einzelheiten nach.

Lloyd George wies darauf hin, daß zehn neue Staaten entstanden seien, einige, die unabhängig, andere, die halb abhängig, und einige, die möglicherweise unter Schutzoberschutze sein würden. Ihre Grenzen müßten angedeutet, wenn nicht endgültig festgelegt werden. Die Grenzen von vierzehn Ländern müßten neu gezogen werden, und das gebe nur eine Idee von den territorialen Schwierigkeiten. Es seien aber auch noch andere Probleme vorhanden, die für den Frieden der Welt und für das Schicksal der Menschheit ebenso wichtig seien und von denen jedes, wenn es falsch behandelt würde, der Menschheit schwere Opfer kosten würde. Zum Beispiel die wirtschaftlichen Fragen, die Fragen der internationalen Wasserwege und Eisenbahnen und die Schopenherrgründungen. Lloyd George verwies auf die internationalen Vereinbarungen über Arbeiterfragen, die bisher noch nie versucht worden seien, und sprach mit den Worten: „Wir müssen Anerkennung von den Deutschen, die Kerne gelöst, und von der Unterstützung der Arbeitstaggeordneten und die Gewerkschaften gemacht hätten, was es ermöglicht habe, ein großes Weltfriede anzunehmen. Längere gebe es noch jedes große Experiment, an dem der ganze Frieden hängt, nämlich die Geschicklichkeit der Nationen. Jedes einzelne dieser Probleme würde Monate in Anspruch nehmen. Ein Fehler könnte zu einem allgemeinen Kriege führen. Fast jedes Volk der Erde sei an der Betätigung dieser Probleme beteiligt, und das rechtliche die Zeit, die dafür in Anspruch genommen würde.“ (Weisfall.)

Lloyd George bezeichnete als eines der charakteristischsten Merkmale der gegenwärtigen Lage, daß infolge der Zerschlagung großer Reiches Mitteleuropa in kleine Staaten balkanisiert worden sei. Man müsse dafür sorgen, daß nicht durch die jetzt in

### Entstehung begriffene Regelung Ursachen für künftige Unruhen geschaffen werden.

Als eines der schwierigsten Probleme bezeichnete Lloyd George die Lage in Rußland. Von einer Anerkennung der jetzigen Regierung könne keine Rede sein, da seine Regierung ganz Rußland. Eine militärische Intervention lehnte er als ansichtslos ab.

Die englische Politik sei ein gewaltsames Uebergreifen des Bolschewismus auf die alliierten Länder zu verhüten. Deshalb organisierte England alle Hilfskräfte von der Ostsee bis an das Schwarze Meer. Wenn der Bolschewismus eines der alliierten Länder angreifen würde, so wäre es die Pflicht Englands, es zu verteidigen. Die Politik Englands sei, die einander bekämpfenden Parteien in Rußland dazu zu bewegen, die Errichtung einer allgemein annehmbaren Regierung zu besprechen, die die Alliierten als russische Regierung anerkennen könnten. Er wies nicht an dieser Lösung. Nach verlässlichen Informationen seien die bolschewistischen Streitkräfte zwar anscheinend im Juchzen begriffen, aber der Bolschewismus selbst schwinde angesichts des unbarmherzigen wirtschaftlichen Druckes rasch dahin und breche zusammen. Es seien unverkennbare Anzeichen dafür vorhanden, daß Rußland wieder emporkomme, und wenn es erst wieder gesund und normal sei, dann sei es Zeit für die Alliierten, in Rußland Frieden zu stiften.

Ueber die allgemeinen Friedensbedingungen sagte Lloyd George, die Vertreter der Großmächte seien zu einem vollständigen Einvernehmen über die großen grundlegenden Fragen bezüglich des Friedens mit Deutschland gelangt. Sie hätten diese Fragen bereits formuliert, und er hoffe, daß sie Ende nächster Woche vorgelegt werden würden.

Die Friedenskonferenz habe einstimmig und ohne Zögern beschlossen, daß es ein Fehler ersten Ranges sein würde, die Friedensbedingungen zu veröffentlichen, ehe sie mit dem Feind besprochen wurden. Keine Friedenskonferenz habe jemals ihre Verhandlungen öffentlich gehalten. „Wir wollen mehr einen guten Frieden als eine gute Presse haben.“ (Weisfall.) Die Konferenz werde alles tun, was notwendig sei, um eine vorzeitige Veröffentlichung zu verhüten, die den Feind dazu ermutigen würde, Widerstand zu leisten. Jede Verpflichtung der Regierung sei in die Forderungen der Alliierten aufgenommen worden. Die Regierung sei niemals um ein Wort von diesen Forderungen abgewichen. Sie habe daran festgehalten, weil sie für berechtigt gehalten habe. „Wir wollen“, sagte Lloyd George, „einen strengen Frieden, weil der Fall es verlangt, aber er darf nicht darauf berechnet sein, Rachegefühle zu befriedigen, sondern darauf, Gerechtigkeit zu üben.“ Jede Klausel und jede Bedingung müsse in jeder Weise gerechtfertigt sein. Vor allem wünschten wir die Zukunft vor einer Wiederholung der Schrecken dieses Krieges zu bewahren.

Eines der Ergebnisse des Friedens wird die Entfernung der großen kontinentalen Gefahr der Rüstungen sein. Die Streitkräfte Deutschlands werden zu einem Heere herabgesetzt werden, das eben ausreicht, um den Polizeidienst in seinen Städten durchzuführen und seinen Handel zu schützen. Wir und Europa müssen darauf Ruhen geben. Die Gefahr besteht nicht, daß es in Deutschland noch zu einem neuen Ausbruch kommt, denn Deutschland könnte nur mit Rube 80 000 bewaffnete Männer aufbringen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Diese Gefahr besteht nicht, daß die Welt in Stücke geht, wenn das hagerne Geheiß des Hungers durch das Land schreie. Lloyd George betonte zum Schluß, daß es die Pflicht aller Staatsmänner, Parlamentarier und Führer der öffentlichen Meinung sei, den Triumph des Rechts nicht durch Nachgiebigkeit zu verderben.

Paris, 17 April. (Savas.)

Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission in Spa General Nisard, wird heute von der französischen Regierung Instruktionen für die Benutzung der deutschen Delegationen empfangen. Heute findet eine weitere Sitzung des Vierer- und Dreierrates statt.

Berlin, 17 April.

An die Stelle des Gesandten in Bern, Dr. Adolf Müller, tritt in das führende Sechsmänner-Kollegium unserer Friedens-

delegation der Präsident der preussischen Landesversammlung Deinet.

Dr. Adolf Müller ist durch Krankheit verhindert, die ihm in Paris zugedachte Aufgabe zu erfüllen.

### Malauktus an die Internationale.

Stockholm, 17. April.

„Sozialdemokraten“ veröffentlichten einen Aufruf, den die Kommission bei der Berner Konferenz zum 1. Mai an die Arbeiter der ganzen Welt richtet und der die Forderungen der Internationale zusammenfaßt. Darin heißt es:

Private Interessen verschwören sich mit dem Militarismus, um einen kapitalistischen Frieden zustandezubringen und durch Aufrechterhaltung des internationalen Raubs und der internationalen Ungerechtigkeit die alte Ordnung mit stehenden Heeren, gewaltigen Rüstungen und Krieg beibehalten zu können. Diese Politik müssen die Arbeiter bekämpfen. Die Regierungen, die vom Kriege nichts gelernt haben, erstreben eine heilige Allianz. Wir dagegen arbeiten für den Völkerbund, der auf dem Gedanken der Brüderlichkeit fußt. Wir schreiten jedem Sieger das Recht, den Nationalitäten ein neues Joch aufzuerlegen. Wir proklamieren das Selbstbestimmungsrecht als unveräußerlich. Wir widersetzen uns allen Annexionen, welche die Freiheit der Völker verewaltigen. Dem Kriege muß eine umfassende Enteignung der großen Kriegsvermögen folgen, damit das Nationalvermögen, das jetzt in den Händen des privaten Kapitalismus ist, für nationale Zwecke verwendet werden kann. Der Aufruf ist unterzeichnet von Branting und Gundersen.

### Die Rufe in der Mehrheitspartei.

Montagabend sagte, wie eine Kollekorespondenz berichtet, im Sitzungssaal des Herrenhauses eine von Parlamentariern der Mehrheitspartei stark besuchte Versammlung, die sich mit der auswärtigen Politik und der Sozialdemokratie beschäftigte. Den Vortrag hielt Kallio. Er führte u. a. aus, daß die sozialdemokratische Partei die Sozialpolitik Deutschlands vor und während des Krieges gebilligt habe. Dies sei vom sozialistischen Standpunkt aus verwerflich. Nach Ausbruch der Revolution sei die auswärtige Politik Deutschlands unter sozialistischer Leitung nicht konsequenter und besser geworden als sie vorher war. Man habe die alten Fehler nach wie vor wieder gemacht. Die auswärtige Politik habe nichts von der früheren Unwahrhaftigkeit verloren. Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, Minister Erzberger, beeinflusse die öffentliche Meinung durch einen großen Teil der Presse in einem Sinne, der unehrlich und unwahrhaftig sei. Man hebe gegen Frankreich, anstatt einzugehen, daß die einzige realpolitische Möglichkeit für die europäischen Nationalstaaten eine wirtschaftliche gegenseitige Annäherung sein könne. Die sozialistische Politik der letzten Monate sei ohne ein Ziel gewesen und könne als solche auch keinesfalls angesprochen werden.

In der anschließenden Debatte wurden die Ausführungen des Referenten verschiedentlich unterbrochen. Heilmann unternahm es, die Politik der Regierung zu rechtfertigen. Er führte aus, daß er in allen Fällen die Kriegspolitik der sozialdemokratischen Partei und die Haltung der Regierung nach dem 9. November für gerechtfertigt halte. — Zum Schluß der Versammlung kam es zu außerordentlich häßlichen Szenen. Im Schlußwort des Referenten polemisierte dieser gegen Heilmann und so entstand daraus ein außerordentlich heftiger und persönlicher Disput, der den in der Minderheit anwesenden Anhänger der bisherigen Parteipolitik Gelegenheit gab, durch lärmende Obstruktion den Versuch zu machen, die Versammlung zu sprengen. Es kam hierbei zu sehr tumultuariosen Auftritten, in denen die Parteigehörigen untereinander sich in bestiger Weise angriffen.

### Sitzung des Volkstagsrats.

Der Volkstagsrat beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 17. d. M. mit Differenzen, die unter der Arbeiterschaft der Firma H. ausgebrochen waren. Der Decker W. war im Januar in einem Betriebsunfall tödlich. Als er später zurück in den Betrieb kam, beschloß eine Funktionskonferenz und später die in Frage stehende Abteilung, es abzulehnen, mit W. zusammenzuarbeiten.

Der Vorsitzende schlug zunächst vor, die Angelegenheit durch einen Vergleich zu erledigen. Dem wurde von den Mitgliedern der S. V. D. widersprochen, sie verlangten eine Entscheidung. Nach langer Debatte wurde von der S. V. D. folgender Antrag vorgelegt:

„Der Volkstagsrat erachtet es für die heiligste Pflicht eines jeden sozialistisch denkenden Arbeiters, für die Einigkeit der Proletarier zu wirken und besonders unter seinen Arbeitgenossen alles zu tun, was zu Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Betriebe notwendig ist. Sollten sich in einem Betriebe die aus den politischen Verhältnissen entstehenden Gegensätze übermäßig ausbreiten und dadurch ein ersprießliches Zusammenarbeiten gefährden, oder gar die Mehrheit der Arbeiterschaft Anstoß an der Tätigkeit irgendwelcher Arbeiter nehmen, so hält es der Volkstagsrat für ganz selbstverständlich, daß die davon Betroffenen das was die Aufrechterhaltung der Einigkeit der im Betriebe beschäftigten Arbeiterschaft erfordert. Unverlassen dies die Betroffenen, so beweisen sie, daß sie nicht die Einigkeit der Arbeiterschaft wollen, sondern haß und mit Ueberzeugung der Reaktion in die Hände spielen.“

Die S. V. D. schloß sich dem Antrag an, verlangte aber die Worte: „Sollten sich in einem Betriebe die aus den politischen Verhältnissen entstehenden Gegensätze übermäßig ausbreiten und dadurch ein ersprießliches Zusammenarbeiten gefährden oder gar die Mehrheit der Arbeiterschaft Anstoß an der Tätigkeit irgendwelcher Arbeiter nehmen.“ zu streichen und dafür die Worte: „Ausgenommen sind politische Meinungen und Handlungen“ in den Antrag aufzunehmen. Dem wurde entgegengehalten, daß eine solche Stellungnahme des Volkstagsrats dem Harren Beschluß der letzten Generalversammlung widerspricht.

Der Antrag der S. V. D. wurde ohne die von der S. V. D. vorgeschlagene Änderung angenommen. Der Vorsitzende erklärte, daß er die S. V. D. nicht für heute sein lassen könne, er sei weiterer Verhandlungen bedürftig. Der Volkstagsrat wird sich heute wieder mit der Angelegenheit beschäftigen.

Dichtung ringt der Dämon Heinrich von Meist mit dem Genius Shakespeares, und Goethes, denen später der Dichter des Robert Guiscard den Rang entziehen will. Als er am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts seine „Penthesilea“ schrieb, wuchs ihm die Gestalt der Amazonenkönigin über das Schicksal der Griechen und Trojaner, die um die Stadt Troja kämpften, weit hinaus. Er schrieb: „Es ist wahr, mein innerstes Wesen liegt darin, der ganze Schmerz zugleich und Glanz meiner Seele.“

Der Frauenhaas — nichts als ein Hintergrund. Das Rosenfest — nur ein lyrischer Witz von der Liebe. Das Schicksal ganzer Völker — ein Abbild der Tragödie in der eigenen Brust. Kapitel, noch strahlender Griechenheld, Peidensohn — Penthesilea, dem Menschlichen tief verwurzelt und doch schon hoch entrückt, halb Jurie, halb Gracie. Und doch auch Weib: „Staub lieber als ein Weib sein, das nicht reizt!“ Oh wie ihr zu Liebe, Liebe zu Oh, barbarische Grausamkeit eint sich mit der Inbrunst gartester, heißester Gefühle.

Wenn sie die Hunde auf den gehetzten Geliebten hebt und seinen Körper, seinen zerstückelten Leichnam mit wilden Bissen zerfleischt — so hat sich diesem Durchdringbaren die Bühne allzu lange in danger Edeu und frommem Unverständnis verschlossen (wie ja auch Strindberg und andere worten mühten, bis ihre Zeit kam), doch nicht mehr in den letzten Jahren, wo man „Penthesilea“ im „Deutschen Theater“ und sogar im Schauspielhaus Berlin sah. Jetzt hat sie auch die „Volkstheater“ an das grandiose Werk gewagt und der große Wurf gelang, weil eine Penthesilea von wahrhaft tragischer Größe auf der Bühne stand. Es war Marg Dietrich, die schon vor Jahren in dieser Rolle bei Reinhardt ihren Ruhm gewann. In jeder Scene gestrafft, in jeder Faser bebend, vom Stimm der Leidenschaft bis zur Selbstvernichtung gepufft, war sie ein Bild der kriegerischen Wildnis und Ränne zugleich. Neben ihr konnte Herr Stahl-Rochauer als Achilles sich nur schwer behaupten.

Er ist ein guter Sprecher und Charakteristiker, was ihm an helmischem Klang der Jugend fehlt, das sucht er in dieser ihm eigentlich fernliegenden Rolle durch adre wuchtige Akzente zu erzielen; in seiner Art hatte aber auch er starke Momente. Die Regie des Herrn Legband übte wohl bei aller sonst angewandten Sorgfalt eine strenge Aufsicht unter den Vorzeichen und Sprecherinnen treffen müssen, um die Verbindung an Schauspielerschule und mittelmäßige Bühnenszenen zu ermöglichen. Hr. Hoyer als Prometheus, Hr. Schöner als Oberpriesterin, Hr. Moab in der Rolle des Prometheus, Herr Lettinger als Okeanos und Herr Schöner, aber in Ehren bleiben. Das Publikum, ganz in demselben Dichtung und der Aufführung, zeigte sich reglos und dankbar.

Das war wie ein Abschiednehmen... Seitdem ließen mich religiöse Fragen im Innern unberührt, und Glaubensprobleme machten in meinem Denken nach und nach keinen Platz. Nicht als ob ich die Grundfragen von Gottes Dasein und der Unterwelt für mich gelöst hätte. Die endgültige Formel hatte ich doch nicht gefunden, allein das Problem an sich verlor für mich seine Schärfe und ich sah es auf zu suchen. Mein geistiger Horizont wurde von neuen Erscheinungen, neuen Begriffen, von Fragen des realen Lebens eingenommen. Und dies neue erschien mir so farbig und mannigfaltig, so verlockend und unerforschlich, es lag in alldem soviel Leben und Tiefe, soviel Unbekanntes und Geheimnisvolles, daß für Religionsprobleme kein Raum mehr übrig blieb. Diese wurden von Ta-fachen des Lebens verdrängt, wie die Himmelsbläue von rasch dahinschießenden, leuchtenden, sich übereinander türmenden Wolken, die sich zu immer neuen Weiden und Formen gestalten... Und wie die Wolken schienen mir auch meine neuen Visionen in unermesslicher Höhe zu schweben...

Gegen den Schluß des Gymnasialkurses stand ich übermüdet in eine Welt und über mich selbst und die Welt um mich verfallen. Wieder war es mir, als müsse ich meine ganze derzeitige Welt mit dem geistigen Auge und als sei darin für die „Frümmigkeit“ kein Raum mehr da. Ich gelobte mir stolz, daß mich von nun an weder Dreck noch Kleinmut je dazu bringen sollten, der „nächsten Wahrheit“ unterzuwerfen, zu einem Leistungsflucht zu nehmen und im Nebel gespenstischer unlösbarer Probleme herumzutrotzen.

Dabei blieb es viele Jahre... bis die Dekoration der Welt hätte wieder einmal völlig wechselte, die leuchtenden Wolken verschwanden und hinter ihnen wieder die unendliche Bläue hervorkam, verschlossen, glatt, verlockend und mit allen Sphärenrätseln im neuen Gewande neugend... Dann wurde ich inne, daß die ewigen Fragen nicht gelöst, nur hinweggeschoben waren...

### Volkstheater.

#### Penthesilea.

Meist „Penthesilea“: Ein klassisches Drama? Nein. Aber eine wilde Herrlichkeit ohne Gleichen. Wie aus Urwäldern der Weltarbeit hört man dort brünnliches Schreien wie das Schreien großer schärer Tiere. Luht, tiefer noch als Herzgeleid... Meist selbst in der Würdigung seines Gemüts und seiner Penthesilea laut es: „Der Mensch kann trotz ein Held im Leiden sein, doch göttlich ist er, wenn er fertig ist.“

Aus Argäiden, Phryaden herausgehoben, Mann ist Knob, Hammer hat Schanz, verheißt Liebe auch in dieser



# Der Generalstreik der Angestellten.

## Vor ernstlichen Entscheidungen.

Die Verammlung der Obleute der streikenden Angestellten der Metallindustrie hat wiederum bewiesen, daß die Angestellten fest entschlossen sind, den Kampf um das Mitbestimmungsrecht nicht eher zu beenden, bis es ihnen auch für die Einstellung von Angestellten zugestanden wird. Sie haben neuerdings erklärt, daß sie den vom Generaldirektor Brückmann gemachten Vermittlungsvorschlag als die geeignete Grundlage der Verständigung ansehen. Am Freitag sollen erneut Einigungsverhandlungen zwischen den Unternehmern und den Angestellten unter Vorsitz eines Regierungsvertreters stattfinden. Da sie bei partieller Besetzung stattfinden werden, so hat die Regierung es vollkommen in der Hand, die gewaltigen Erschütterungen, die dem Wirtschaftsleben durch den allgemeinen Streik der Angestellten entstehen würden, zu vermeiden. Die Regierung muß den Herrenhandpunkt der Unternehmer brechen, sie muß wahr machen, was sie den Angestellten versprochen hat. Sie steht vor einer schwereren Entscheidung, gibt sie der Beeinflussung der Unternehmer nach, so wird sie den allgemeinen Streik der Angestellten nicht verhindern können und die Verantwortung tragen für alle seine Folgen.

Auch bei den Bankbeamten ist es bisher noch nicht zu einer Einigung gekommen. Die Verhandlungen sollen am Sonnabend fortgesetzt werden.

Zwischen tut die bürgerliche Presse alles, um die Bewegung der Angestellten herabzusetzen. Sie verächtigt sie als politische Motive und wirft ihnen vor von Drahtzieher radikaler Richtungen geleitet zu werden. So müssen auch die Angestellten erfahren, was die Arbeiter in jedem Wirtschaftskampf erlebt haben, daß die Verleumdung ein unentbehrliches Mittel der Unternehmer im Kampf gegen die Arbeiter und Angestellten ist.

## Serschärfung des Streiks.

Die gestrige Verammlung der Obleute sämtlicher streikender Branchen hatte sehr schwerwiegende Entschlüsse gefasst. Zunächst berichtete Aufhäuser über die am Mittwoch stattgefundenen Verhandlungen vor dem Vorgesetztenrat mit dem Arbeitgeberverband. Er brachte zum Ausdruck, daß die Streikleitung sich an der zustimmenden Kommission, die über das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen verhandeln solle, beteiligen wird, daß aber darin nicht eine Schwäche zu erblicken sei, sondern daß die Streikleitung und die Angestellten sich durchaus der Kraft bewusst sei, die ihr innewohnt, und die bis heute von Tag zu Tag gewachsen sei.

Büchel vom Vorgesetztenrat forderte die Angestellten auf, auszuharren in ihrem Kampfe, und ließ dabei die Verammlung nicht im Zweifel darüber, daß es sich nach seiner Meinung bei dem ganzen Streik um eine Nachstrafe handle, und daß gerade darum die Angestellten fest bleiben müßten.

Nach langen Verhandlungen, die bis weit in den Nachmittag hinein währten, wurde schließlich beschlossen, der Verhandlungskommission aufzugeben, daß der Vorschlag des Generaldirektors Brückmann unter allen Umständen als Mindestbedingung durchgesetzt werden solle. Des weitern wurde erneuert festgelegt, daß bei den Verhandlungen die Forderungen nach wie vor die sei, daß die Bestimmungen des künftigen Vertrages über das Mitbestimmungsrecht so lange Geltung haben sollen, bis eine gesetzliche Regelung eintritt. In die Kommission wurden gewählt die Herren Kolbe, A. W. Schmidt, Thiel, Büchel, Aufhäuser.

Im übrigen kam in der Verammlung in sehr starkem Maße zum Ausdruck, daß die Angestellten unter allen Umständen gewillt sind, auszuharren bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Unter anderem erklärte Thiel von den Magistratsbeamten, daß sie sich durchaus zur Verfügung der Streikleitung halten. Sie würden selbst in den Ausnahmefällen, sobald es von dort verlangt würde.

Aus der Verammlung heraus wurde der Antrag gestellt und angenommen, den allgemeinen Angestelltenstreik nach zu verschärfen. Zur Haltung der bürgerlichen Presse wurde folgende Entschliebung angenommen:

Die am 17. April 1919 in Capricorns Festhölle versammelte die Schreibart der bürgerlichen Presse zu gegen die Schreibart der bürgerlichen Presse. Als dem Kampf der Angestellten für das Mitbestimmungsrecht. Es wurde unverständlich muß besonders die Haltung des Berliner Tageblattes und der Volkszeitung, sowie seiner Bestimmungskreunde bezeichnet werden, angesichts der Tatsache, daß die Forderung nach Demokratisierung der Betriebe ein Anspruch der bürgerlichen Demokratie seit vielen Jahrzehnten immer gewesen ist.

Wenn diese Blätter die Bewegung der Berliner Angestellten jetzt damit zu zerplittern suchen, indem sie ihre Spalten für organisierten Streikbruch hergeben und in Beiträgen und Notizen durch Fälschungen und Verdrehungen der Wahrheit die Angestellten in Unrecht zu setzen versuchen, wenn sie weiterhin, wie es jetzt geschehen ist, die Geschlossenheit der Angestellten dazu verwirren wollen, daß sie über bessere Wissen behauptet wird, die Bewegung mache sich politische Ziele zu eigen, so erklären die Obleute, daß sie sich durch solch schändliches Vorgehen nicht bezirren lassen werden und mit allen Mitteln dafür Sorge tragen wollen, daß die Angestellten die Konsequenzen aus diesem Verbot an ihrer gerechten Sache ziehen wird.

Zentral-Streikleitung, Presseabteilung. Walter.

## Der Streik der Kassendilata-Angestellten.

Die Generaldirektion des Kassendilata hat in einigen Berliner Tageszeitungen einen an den Angestellten gerichteten Brief veröffentlicht. Dieser erweckt den Anschein, als habe die Angestellten des Kassendilata mutwillig einen Streik hervorgerufen.

Der Betriebsangestelltenrat ist aber völlig korrekt verfahren. Daß die Mehrheit der Angestellten in gebührender Abstimmung für den Streik stimmte, erklärt sich daraus, daß trotz monatelanger Verhandlungen weder ein Mindestgehältsabkommen, noch die bei den heutigen Verhältnisse für den Berliner Bureauarbeiter gesundheitlich erforderliche durchgehende Arbeitstage zu erreichen war. Ferner kommt hinzu, daß infolge eines Normfehlers im Kassengesetz 1910, das nur von „Kassendilata-Angestellten“ spricht, die Kassendilata als angestellten der Metallindustrie mit den Angestellten

ausgeschlossen wurden und wiederholte Eingaben an Behörden und Regierung diesfalls ohne Antwort blieben.

Das Kassendilata zählt heute noch Beamte mit acht- und mehrjährigem Dienstalter, die verheiratet sind und monatlich unter 200 M. beziehen. Circa 50 Prozent der Beamten haben ein monatliches Gehalt unter 300 M. nach Abzug der Versicherungsgebühren. Infolgedessen herrscht unter den Angestellten große soziale Not und sie klammern sich an das Mitbestimmungsrecht als die einzige Möglichkeit, eine Besserung ihrer Lage zu erzielen.

## Das Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei der Hochbahn.

Wie wir erfahren, haben auch die Angestellten der Hochbahn in einer am 16. April stattgefundenen Verammlung zur Frage des Mitbestimmungsrechts Stellung genommen. Die Direktion hat sich bereit erklärt, bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes Rindigungen und Anstellungen von Beamten nicht vorzunehmen. Die Verammlung ist hiernach zu dem Beschluß gekommen, daß sie im Einvernehmen des Angestelltenausschusses mit der Streikleitung im Interesse der wertvollen Beschäftigung der Reichswehr von einer Arbeitseinstellung absteht. Sie sprach aber den im Kampfe um das Mitbestimmungsrecht befindlichen Angestellten ihre volle Sympathie aus und wünschte ihnen vollen Erfolg ihrer Bestrebungen. Gleichzeitig wurde von der Verammlung beschlossen, die im Streik befindlichen Angestellten auch finanziell zu unterstützen.

## Gegen die unwahre Berichterstattung.

Von der Gewerkschaft der Beamten der Reichsversehungsanstalt ist uns folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung zugegangen:

„Über die Sympathieumgebung der Angestellten der Reichsversehungsanstalt zugunsten des auch für sie unbedingt erforderlichen Mitbestimmungsrechts, ausgedrückt durch eine halbtagige Arbeitseinstellung am vergangenen Montag, hat der „Berliner Lokal-Anzeiger“ in seiner Nummer vom Dienstag morgen in Wahrung der von ihm vertretenen Interessen der Großunternehmer in verletzender Weise berichtet. Dabei hat er die Stimmung der Angestellten bei der Reichsversehungsanstalt durchaus unzutreffend wiedergegeben. Eine im Interesse seiner Leserschaft dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ übermittelte, rein sachliche Verichtigung ist von ihm stillschweigend unterdrückt worden.“

Wir überlassen diese auch dem Pressegesetz widersprechende Handlungsweise dem Urteil der Öffentlichkeit, ohne unsererseits in den gehässigen Ton des „Lokal-Anzeigers“ zu verfallen.

Zur Sache selbst bemerken wir: Abgesehen davon, daß bei Befragung des Beschlußes über eine solche Sympathieumgebung keiner der versammelten Vertrauensmänner Widerspruch erhoben hat, ist in einer am Mittwoch abgehaltenen Vertrauensmännerverammlung, zu der jedes Mitglied der Gewerkschaft Zutritt und Gelegenheit zur Aussprache hatte, die Sympathieumgebung auch nachträglich einstimmig gutgeheißen worden. Die für den Beschluß in erster Linie Verantwortlichen sind keine „labialen Elemente“, vielmehr „genügend klare und ruhige Köpfe“ und durchaus nicht „vom Streikfieber ergriffen“. Die vom „Lokal-Anzeiger“ betonte Notwendigkeit „gewissenhafter und treuer Arbeit“ ist der Gewerkschaftsleitung und dem Angestelltenausschuss in solchem Maße eigene Uebersetzungssache, daß darauf von ihnen bei jeder Gelegenheit die Angestellten gerade in der jetzigen Zeit aufs eindringlichste hingewiesen worden sind.“

## Die Kostgarde gegen den Streik.

Die Streikleitung der Angestellten hatte für gestern vormittag eine Verammlung im Lustgarten für die Angestellten der Kauf- und Warenhäuser anberaumt. Die Verammlung war von der Kommandantur und dem Polizeipräsidenten genehmigt worden. Als die Verammlung etwa eine Viertelstunde getagt hatte, erschienen ungefähr 50 Regierungssoldaten und jagten die Versammelten ohne jede Begründung auseinander. Eine Abordnung ist wegen dieser herausfordernden Handlung zum Reichswehrminister Notte geschickt worden, um gegen diese Ungerechtigkeiten zu protestieren.

Auch vor dem Borenhaus Wertheim ist es zu einem Zusammenstoß zwischen Streikposten und Regierungstruppen gekommen. Eine Patrouille vertrieb die Streikposten von den Eingängen und ließ die Arbeitwilligen vom „Gewerkschaftsbund“ passieren. Die Streikleitung hat wegen des Vorgehens der Patrouille Protest erhoben und eine Deputation zum Gouverneur Schöpplin geschickt, um gegen das Vorgehen der Soldaten Beschwerde zu führen.

Es muß unbedingt festgestellt werden, welche Personen die Soldaten angewiesen haben, gegen die Verammlungsteilnehmer und die Streikposten gewalttätig vorzugehen. Diese Personen müssen unbedingt zur Rechenschaft gezogen werden.

## Sympathieumgebungen.

Die Angestellten des Preussischen Statistischen Landesamtes versammelten sich im Lindenhof, Lindenstr. 17, zu einer eindrucksvollen Verammlung. Kollege Vittur (vom Verband der Bureauangestellten) berichtete in seinem Referat über die Verhandlungen beim Ministerium des Innern und beim Präsidenten des Statistischen Landesamtes. Die Verammlung, die von etwa 300 Angehörigen des Amtes besucht war, nahm für die im Ausnahmefall um das Mitbestimmungsrecht lebenden Privatangestellten eine Resolution an, in der sie den streikenden Angestellten der Bankbeamten und der Metallindustrie ihre Sympathie ausbezeichnete.

Uns geht folgende Resolution zu: Die Beamten der Brandenburgischen Kreis-Blitzlichtwerke erklärten sich mit den im Ausnahmefall befindlichen Kollegen vollkommen solidarisch und stehen im äußersten Notfall das und ganz hinter denselben. Wir haben in unserem Betriebe das Mitbestimmungsrecht erreicht. Die Angestellten weisen auf die unabsehbaren Folgen, die die Stilllegung unseres Betriebes haben würde, hin. J. R. würde die Volksernährung, die drahtlose Telegraphie und somit der ganze Ueberseebereich stillgelegt werden. Trotzdem halten wir im äußersten Notfall die Solidarität aufrecht. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die gestern im Weihenstephan tagende Verammlung der Obleute und Vertrauensleute der Dola- und Möbel-

industrie und des Handels drückte den streikenden Kollegen in ihrem berechtigten Kampfe um das Mitbestimmungsrecht ihre vollste Sympathie aus und erklärte sich bereit, den Kampf der Kollegen weitgehendst zu unterstützen, auch finanziell. Das Verhalten der bürgerlichen Presse wurde besonders geißelt.

Die Angestellten des Buchhandels, des Buchdruck-, Papier- und Zeitungsgewerbes nahmen gestern in einer überfüllten Verammlung im großen Saal der Börse zum Streit der Angestellten Stellung. Dr. Firzmann vom Angestellten-Verband erstattete zunächst Bericht über die aufgestellten Forderungen an die Unternehmer im Buchhandel und Papiergewerbe, in denen neben Gehaltsfragen das Mitbestimmungsrecht der Angestellten eine große Rolle spielte. Nachdem am Mittwoch die Prinzipale im Buchhandel in dieser Frage Zugeständnisse gemacht hatten, zogen sie dieselben am Donnerstag wieder zurück. Die Versammelten verpflichteten sich in einer Resolution, gemeinsam mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen in den Kampf für das Mitbestimmungsrecht einzutreten. Vertreter des Buchhändler- und Transportarbeiterverbandes drückten den Angestellten weitgehendste Sympathie und Unterstützung aus.

Die Angestellten der Firma Orenstein u. Koppel erklärten gestern nachmittag in einer Betriebsverammlung in den Kammerräumen, einstimmig im Streik solange zu verharren, bis das Mitbestimmungsrecht erlangt ist. Die Beamten der Drezemwerfstätten in Spandau faszten folgende Entschliebung:

„Die Beamten der Drezemwerfstätten in Spandau können sich aus staats- und beamtensrechtlichen Gründen an dem Streik der Angestellten nicht aktiv beteiligen. Eine Teilnahme am Streik wird auch von ihrer Organisation, dem „Deutschen Beamtenbund“, verboten. Die Beamten wünschen den Angestellten in ihren wirtschaftlichen und idealen Bestrebungen vollen Erfolg und erklären einstimmig, für die Dauer des Streiks keine Arbeiten auszuführen, die bisher von Angestellten erledigt wurden, soweit solche nicht von der Direktion im Einvernehmen mit dem Arbeiterat angeordnet werden.“

Die Angestellten der Charlottenburger Wasserwerke nahmen in einer Verammlung zu einem Schreiben ihrer Direktion, in dem die Forderung einer einmaligen Wirtschaftshilfe abgelehnt wird, Stellung. Im Laufe der Verhandlung wurden die Forderungen neu formuliert, erweitert und der Angestellten-Ausschuss beauftragt, bei der Direktion folgende Forderungen zu stellen:

1. Das Mitbestimmungsrecht des Ausschusses bei allen das Dienstverhältnis betreffenden Fragen.
2. Zahlung einer einmaligen Wirtschaftshilfe: gestaffelt nach Alter, ledig, verheiratet und Kindern.
3. Regelung des Einkommens nach dem Gehaltsprovisorium der Metallindustrie.
4. Regelung der Urlaubfrage.

Die Angestellten sind bereit, mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, für die Erfüllung dieser Forderung einzutreten. Eine äußerst zahlreich besuchte Verammlung der Reichsanwaltschafts-Angestellten im Verband der Bureau-Angestellten sprach ihren Kollegen in der Metallindustrie zur Erreichung ihrer berechtigten Forderungen ihre volle Sympathie aus. Sie hofft, daß die Erfüllung dieser Forderung auch dazu beitragen wird, die eintenden Verhältnisse, die noch zum großen Teil in den Rechtsanwaltsbüros bestehen, zu beseitigen.

Die am 16. April 1919 im Restaurant Vorthel, Haselhorst, versammelten Angestellten des Kabel- und Metallwerks der Siemens-Schudertwerke, G. m. b. H., heißen die Entschliebung und Profianerung des Generalstreiks durch ihre Obleute gut. Sie sind festen Willens, weiter zu kämpfen, bis die Forderungen betreffend das Mitbestimmungsrecht und vorheriges Bestimmungsrecht bei Einstellungen, Rindigungen und Entlassungen, sowie in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses ohne jede Wortumstellung errungen ist.

Der Zentralstreikausschuss des Siemenskongerns. Der Arbeitgeberverband der deutschen Versicherungsunternehmen hat auf seiner Generalverammlung den Verhandlungen der Verhandlungskommission über das Mitbestimmungsrecht der Angestelltenausschüsse zugestimmt. Es fällt daher für die Angestellten der Versicherungsunternehmen vorläufig der Grund für ein Beschiebung am Generalstreik fort. Sie sind aber bereit, die noch kämpfenden Angestelltengruppen in jeder Beziehung zu unterstützen.

Die Angestellten der Victoria-Versicherung haben den im Kampfe um das Mitbestimmungsrecht stehenden Kollegen 10 000 Mark überwiesen. Der Betriebsrat der Victoria-Versicherung.

## Achtung! Siemensangestellte!

Uns wird geschrieben: Die Direktoren der Siemens-Schudertwerke, G. m. b. H., und der Siemens u. Halske, A.-G., fordern die Kollegen auf, durch Einschreibebrief die Arbeitswilligkeit zu versichern. Der Zweck dieser Inserate liegt klar auf der Hand. Die Arbeitgeber brauchen Zahlen für die Öffentlichkeit. Die Streikleitung erwartet mit Ruhe die Publizierung des Ergebnisses der Arbeitswilligkeitsmeldungen und weiß hierdurch nochmals auf das Abstimmungsresultat vom 10. d. M. hin, wonach die Ablehnung des Schiedspruches mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde. Diese Abstimmung war geheim! Die Firmen, oder wohl richtiger bezeichnet, besonders tüchtige Oberkollegen, greifen neuerdings zu einem neuen Mittel der Stimmungsmache, welches verdient, veröffentlicht zu werden. In mehreren Lokalen werden von Vorlesern mit Vertrauensleuten Stammtischreden abgehalten, um dort gegen den Streik zu agitieren. Die Streikleitung kann allen Kollegen nur empfehlen, Einladungen zu solchen Wiederholungen recht rege Folge zu leisten, um dadurch das Ergebnis dieser Agitation illusorisch zu machen. Der Zentralstreikausschuss des Siemenskongerns.

## Einigungsverhandlungen im Bankbeamtenstreik.

Im Streik der Bankbeamten fanden am gestrigen Donnerstag nachmittag wiederum Einigungsverhandlungen vor dem Schiedsgericht im Siemenshaus statt. Der Vorsitzende, Ingenieur Rade mann, stellte zunächst drei bestimmte Punkte zur Erörterung, über die der Ausschuss vor weiterer Beratung noch die Stellungnahme der Parteien zu hören wünschte. Es handelte sich um folgende Fragen: 1. Auf welchen Verlonkreis soll das Mitbestimmungsrecht der Angestelltenausschüsse erstrecken? 2. Soll die Mitwirkung der Angestelltenausschüsse auch bei Pensionierungen erfolgen und 3. Soll die Mitwirkung bei Rindigungen und Entlassungen nicht einer Einschränkung durch Einführung einer bestimmten Karenzzeit unterliegen?

Zum ersten Punkte vertreten die Vertreter der Bankleitung den Standpunkt, daß sich die Mitwirkung der Angestelltenausschüsse nur auf die Angestellten erstrecken dürfe, die nach dem Wortlaut der Verordnung vom 23. Dezember 1914 wahlberechtigt seien. Die Vertreter der Angestelltenausschüsse stellen sich auf den Standpunkt, daß die Angestelltenausschüsse die Interessen aller Kategorien der Angestellten wahrzunehmen haben und wollen eine Ausnahme nur für die Direktoren und stellvertretenden Direktoren gelten lassen. Sie verlangen auch, daß unbedingt die nach dem Gesetz noch nicht wahlberechtigten Angestellten ebenfalls dem Ausschuss unterworfen sollen. Die Einführung einer bestimmten Karenzzeit in der Dienstzeit

der Angestellten, während welcher der Ausschuss von einer Mitwirkung ausgeschlossen sein sollte, lehnten die Angestelltenvertreter entschieden ab, während die Arbeitgebervertreter sie als unbedingt notwendig bezeichneten.

Eine sehr lebhafte Erörterung gab es auch über die dritte Frage, der Mitwirkung des Ausschusses bei Pensionierungen. Die Angestellten hielten eine Mitwirkung der Ausschüsse auch bei Pensionierungen für selbstverständlich, um Zwangspensionierungen zu verhindern. März vom Allgemeinen Verband deutscher Bankbeamten verlangte das Mitbestimmungsrecht der Ausschüsse bei allen Pensionierungen ohne jede Einschränkung, während Fürstenberg vom Deutschen Bankbeamtenverein unter Umständen bereit war, die Mitwirkung der Ausschüsse auf die Zeit zu beschränken, während welcher den Angestellten ein Anrecht auf Pension noch nicht zusteht, aber auch er betonte die Notwendigkeit der Mitwirkung der Ausschüsse namentlich bei den sogenannten Hauskassen der Banken. Nach dieser Aussprache zog sich der Schlichtungsausschuss zur Beratung zurück.

Gegen 7 Uhr abends wurde dann in die Beratungen der Gehaltsfragen eingetreten, die mehrere Stunden in Anspruch nahmen. Die Einigungsverhandlungen werden voraussichtlich kaum vor Sonnabend beendet werden.

## Die Bewegung im Reich.

Die Chemnitzer Bankangestellten haben mit Rücksicht auf das über Sachsen verhängte Ständrecht am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen.

Aus Köln wird berichtet: Da die zehntägigen Vermittlungsverhandlungen beim Regierungspräsidenten zwischen den Organisationen der autonomen Angestellten der Kölner Industrie und den in Frage kommenden Unternehmerverbänden zu keiner Einigung geführt haben, haben die Angestelltenorganisationen beschlossen, den Schlichtungsausschuss der britischen Behörde anzurufen.

## Gewerkchaftliches.

### Die Schneider gegen den „Vorwärts“.

Eine gestern im Gewerkschaftshaus tagende Generalversammlung des Verbandes der Schneider nahm zunächst Stellung zum bevorstehenden Gewerkschaftskongress. Das Referat des Kollegen Schumacher gestaltete sich zu einer scharfen Abrechnung mit den Gewerkschaftsführern in der Generalkommission, die mitschuldig seien an dem Elend, in dem wir jetzt leben. Er stellte die Forderung auf, daß die Gewerkschaften die Arbeiterräte in ihr Programm aufnehmen müßten, auf dem Gewerkschaftskongress muß der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft abgelöst werden durch den Gedanken des Rätebaus. Eine Resolution, in der die Versammelten sich auf den Boden des Rätebaus stellen und die politische und wirtschaftliche Macht, in Verbindung damit die vollständige Gewalt zur Erreichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung fordern, fand einstimmige Zustimmung.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung lag ein Antrag vor, in dem die Verwaltung aufgefordert wird, den „Vorwärts“ als Publikationsorgan nicht mehr zu benutzen. Schumacher hat im Namen der Verwaltung um Ablehnung dieses Antrags. Da diese Kollegen noch den „Vorwärts“ lesen und durch ihn in einseitiger Weise informiert werden, ist es nötig, sie durch Angelegen im „Vorwärts“ in unsere Versammlungen zu bringen. Nach kurzer Diskussion, in der die Haltung des „Vorwärts“ namentlich während des letzten Generalstreiks scharf kritisiert wurde, gelangte der Antrag gegen wenige Stimmen zur Annahme. Das Abstimmungsresultat wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Zum Schluß kam die Entlassung des Arbeiterrats in dem Spandauer Besoldungsamt zur Sprache. Die Versammlung beschloß, gegen den auf Veranlassung des Generalkommandos neu gewählten Kollegen Köhler, der sich in einer Besprechung auf den Standpunkt stellte: noch Brot ist esse, das Vieh ist fette, das Ausschlußverfahren einzuleiten. — Des Weiteren wurde eine Protestresolution gegen das blutige Vorgehen der zaristischen Kossaken angenommen, in der jedes weitere Zusammenarbeiten mit Angehörigen dieser Truppen verweigert und ihr Ausschluss aus dem Verband gefordert wird.

### Arbeitersperrung in den Spandauer Heereswerkstätten.

Der Arbeiterrat der Pulverfabrik Spandau hat folgende Verfügung erlassen:

Da eine wirtschaftliche Weiterführung der Betriebe der Heereswerkstätten in Spandau infolge der Angestelltenstreiks nicht möglich ist und die nahen Osterfeiertage ohnehin eine längere Unterbrechung der Arbeit bedingen, so sind die Spandauer Heereswerkstätten bis auf weiteres zu schließen. Mitteilung über Wiedereröffnung wird entgegengekommen. Einem Bericht über Wiedereröffnung wird entgegengekommen. Der Kriegsminister. (gez.) Reinhardt. Der Unterstaatssekretär. (gez.) Göhre. N. B. Im Auftrage: Friedberg.

Nr. 31a H. O. 75. 4. 19. K. G. H. 907. 4. 19. G. H. B. p. Berlin, 17. 4. 19.

Abdruck zur Nachachtung für den Zentralrat, Beirat geg. Arbeiter. Die Arbeiter müssen sich dies nicht gefallen lassen und werden hierzu noch Stellung nehmen.

Achtung! Entgegen der kriegsministeriellen Verfügung vom 17. 4. 19 erscheinen die Arbeiter familiärer Spandauer Institute am Sonnabend vollständig zur Arbeit. — Die Arbeit wird am 22. 4. 7 Uhr früh, ausgenommen.

Die gesamten Arbeiterräte der technischen Institute.

### Streik in der Landschaftsgärtnerei.

Alle Versuche, eine gütliche Einigung mit der Arbeitgeberorganisation zu erzielen, sind gescheitert. Nachdem die Verhandlungen sich nun lange genug hingezogen haben, ohne daß ein Erfolg erzielt wurde, ist die Gebude der Arbeitnehmer zu Ende.

Die Organisationsleitung empfindet, in allen Firmen, in denen der Tarifvertrag nicht anerkannt wird, am Sonnabend, den 19. April, in den Streik zu treten. Eine Versammlung der Streikenden findet am Sonnabend, den 19. April, vormittags 10 Uhr, in den neuen Rathausküchen, Schöneberg, Martin Lutherstr. 68, statt.

Von größeren Firmen hat bis jetzt die Firma A. Henrich, Reinickendorf, bemängelt. Die zu neuen Bedingungen Arbeitenden erhalten eine grüne Arbeitskarte. Alle Arbeiter, besonders die Bauarbeiter, werden um Unterstützung der Bewegung, besonders durch Kontrolle der Arbeitskarte bei den arbeitenden Gärtnern, Gartenarbeitern und Gartenfrauen gebeten.

Alle auf den Streik bezüglichen Mitteilungen sind an das Bureau des Verbandes der Gärtnerei und Gärtnereiarbeiter, Berlin S. 2, Luisenufer 1, Fernruf Rastpflanz 8725, zu richten.

Lohnbewegung der Lagerarbeiter und Ausfuhr aus den Eisenwarenhandlungen Groß-Berlin. Die Arbeiter der genannten Branchen haben den Deutschen Transportarbeiter-Verband beauftragt, dem Arbeitgeberverband der Eisenhändler Deutschlands einen Tarifvertrags-Entwurf zu überreichen. Infolge der äußerst niedrigen Löhne, die in dem weitaus größten Teil der Geschäfte gezahlt werden, haben die Arbeiter ein Interesse daran, eine baldige zufriedenstellende Regelung zu erfahren. Voraussichtlich werden nach den Ostertagen die Verhandlungen ihren Anfang nehmen.

Die Postarbeiter von Groß-Berlin sind infolge Abschmung ihrer Lohnforderungen — 270 M. Stundenlohn für Verheiratete und 240 M. für Junggesellen — in den Streik getreten. Während einige Firmen inzwischen den Tarif anerkannt haben, hat der Oberscharmacher im Bootsbauergewerbe — Deutsch-Silau — seine sämtlichen organisierten Leute entlassen. Die Arbeiter-Wasserbauvereine werden dringend gebeten, nur bei den Bootsbauern arbeiten zu lassen, die den Tarif anerkannt haben.

Lohnbewegung der Berliner Portiers. Auch die Berliner Portiers sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Organisation, die eine Unterabteilung des Transportarbeiterverbandes bildet, hat einen Lohnarif ausgearbeitet und diesen der Vereinigung Berliner Geschäfts- und Kontorhausinhaber überreicht. Diese Vereinigung hat eine Antwort gegeben, die den organisierten Portiers nicht genügt. Eine Versammlung hat deshalb beschlossen, nochmals an die Arbeitgebervereinigung heranzutreten und den Tarif wiederholt einzureichen. Sollten dann die Wünsche der Angestellten nicht befriedigt werden, so wollen die Portiers in den Streik treten.

Arbeiter der Pulverfabrik Spandau! Dienstag früh zur gemeinsamen Stunde im Betrieb erscheinen!

G. Lorenz, K.-G., Tempelhof. Die Arbeiterschaft wird ersucht, sich zur Vorkaufzahlung am Sonnabend, vormittags 11 Uhr, im Betrieb einzufinden.

Dr. Paul Meyer K. G. Betriebsversammlung aller Arbeiter und Angestellten am Sonnabend, den 19. April, vormittags 10 Uhr, im Arsenal-Palast, Selterstraße.

Angestellte der Kriegsorganisationen und Heeresbetriebe. Die Zentralstreikleitung hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, daß die Angestellten der Kriegsorganisationen und Heeresbetriebe einmündig dem Streik auszuscheiden sind, da sie in der Hauptsache volkwirtschaftlich und lebensmittelwichtige Betriebe umfassen. Die Vertreter dieser Angestellten werden jedoch beauftragt, finanziell den allgemeinen Streik zu unterstützen, und haben sich hierzu auch ohne weiteres bereit erklärt. Ferner treten die beiden Arbeitsausschüsse dieser Angestellten umgehend mit der Vertretung ihrer Direktionen in Verbindung, um das Mitbestimmungsrecht restlos durchzusetzen. Sollte dies nicht bewilligt werden, so werden weitere Schritte in Erwägung gezogen.

Achtung, Streikangehörige! Die tägliche Meldung in den einzelnen Streikausstellungen fällt am Karfreitag sowie am ersten und zweiten Feiertag aus. Am Sonnabend, den 19., und am Dienstag, den 22. 4., sowie an den darauffolgenden Tagen sind die Streikausstellungen zur Entgegennahme von Meldungen wieder geöffnet. Auch müssen an diesen Tagen die erforderlichen Streikposten gestellt werden. Der Zentralstreikausschuss des Eisenkongresses.

G. V. Giers K.-G., Friedenau. Betriebsversammlung der Angestellten am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, im Rathaus Friedenau, Bürgerhof.

Kuergesellschaft. Versammlung der streikenden Angestellten am 19. April, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Belvedere“, Lichtenberg, Hauptstraße 2.

Angestellte Metz u. Genoss. Versammlung am Sonnabend, 19. April, Tempelhof, Rantesselsstraße, Restaurant Birkenwäldchen. Meldezettel am Eingang abgeben. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Vollversammlung der Angestellten der K. G. B. Berlin, am 19. April, mittags 12 Uhr, in den Pharusküchen. Streikkontrolle findet im Saale statt.

Weihensee. Die Streikleitung der Angestellten des Bezirks Berlin-Weihensee befindet sich in der Alenteje, Berliner Allee 60. Sonnabend, vormittags 10 Uhr, Angestelltenversammlung Borussia-Strauere.

Betriebsversammlung für die Angestellten von Hermann Eichl Sonnabend, den 19. April 1919, morgens 9 Uhr, in Oberlands Festhale, Neue Friedrichstr. 85, Großer Saal. Obmann: Alinso m.

Betriebsversammlung der Disconto-Gesellschaft findet am Sonnabend, mittags 2 Uhr, im Lehrerereinshaus, Alexanderplatz, statt.

## Groß-Berlin.

### Truppen in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden.

Es ist ein Skandal unerhörter Art, daß unsere Schulen zur Unterbringung von Truppen benutzt werden. Am Donnerstag betrug in Berlin die Zahl der besetzten Schulen 107, jetzt sind 15 Schulen mit Soldaten besetzt. In Charlottenburg sind von höheren Schulen die Siemens-Oberrealschule und die dritte Realschule, weiter die Auguste-Viktoria-Studien-Anstalt besetzt. Es folgen die Elisabeth-Mittelschule und zwölf Gemeindegymnasien, so daß hier also im ganzen 20 Schulen militärisch besetzt sind; im ganzen Charlottenburger Osten ist lediglich das Rommien-Gymnasium von der Besetzung frei. Auch die Berber-Schule in Westend hat einige Räume hergeben müssen. In Schöneberg lagert die Republikanische Soldatenwehr im Bruns-Heinrich-Gymnasium. Verkehrstrassen, die eigentlich dorthin kommen sollten, sind aus militärischen Gründen bereits vorher demobilisiert worden, so daß jetzt nur noch diese Anstalt dem Schulgebrauch entzogen ist. In Wilmersdorf ist das Voackim-Friedrich-Gymnasium, dessen Schüler zum Bismarck-Gymnasium abwandern mußten, und die 6. Gemeindegymnasialschule von Truppen besetzt. In den nächsten Tagen wird wahrscheinlich noch eine neue Schule angefordert werden müssen, da man damit umgeht, die militärtechnische Akademie ebenfalls vom Militär zu räumen. In Neukölln sind vier Schulen, in Dichtenberg zwei, in Blankow eine und in Weiskensee drei Schulen, von denen zwei Doppelanstalten sind, militärisch beschlagnahmt.

Auch in Gerichtsgebäuden lagern Soldaten, so ist das Portiergehäuse in der Turmstraße mit Soldaten angefüllt und die Verhandlungssäle Berlin-Weidung und anderer Amtsgerichte haben nach dem Kriminalgericht umziehen müssen.

Der Schaden, der den Schulkindern entsteht, ist nicht abzusehen. Der Unterricht leidet ungeheuer. Die Kinder kommen in Unordnung durch die Unregelmäßigkeit, mit welcher der Unterricht ausfällt wird. Was das bedeutet in einer Zeit, in der ohnehin die Jugend außer Rand und Band ist, vermag nur der einzusehen, der Interesse an einer geordneten Erziehung der Jugend nimmt. Alle Proteste dagegen

bleiben in dem Wind gesprochen. Täglich werden Schäden für Lehrer, Kinder und Eltern. Bestehende Verständnisse für diese großen Gefahren in der sogenannten sozialistisch-demokratischen Regierung?

### Stadtverordnetenversammlung.

Die Erweiterung der Fortbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahre fordert zwei verschiedene sozialistische Fraktionen. Genossin Waßilich begründete diese Forderung und befürwortete ein Vorgehen aller Groß-Berliner Gemeinden. Der Fortbildungsschulunterricht soll in die Vormittagsstunden verlegt werden und sich auch auf die weibliche Jugend erstrecken. Der Bescheid einstimmig angenommen worden.

Nun schritt die Versammlung zur Staatsberatung ein, geleitet durch den Kommerzienrat, welcher den engen Zusammenhang zwischen den Finanzen der Gemeinden mit dem Staat und des Reiches hervorhob und besonders betonte, daß die Gemeinden durch die Finanzpolitik des Reiches außerordentlich benachteiligt worden sind. Das Jahr 1918 wird voraussichtlich mit 20 Millionen Mark Defizit abschließen. Die Gesamtschulden betragen 875 Millionen Mark. Darin sind 180 Millionen Schiffe zu Lasten des Reiches enthalten.

Der Kommerzienrat sieht der Kommunalisierung gegenüber, sieht aber das Rahmengesetz dafür für unzureichend an. Er bedauerte, daß die Revolution nicht mit der Klugheit und den Bundesstaaten überhaupt ausgeräumt hat, weil es zwischen dem Reich und den Kommunen würde sich in der des Steuerbedarfs leicht eine Verständigung ergeben, während das Dogmatisieren der Einzelstaaten die Lösung der Schwierigkeiten stark beeinträchtigt. Schließlich sprach er sich für den Bescheid aus, der vorgelegte Etat möge der letzte sein. Schon jetzt werde ein möglichst enger Zusammenhalt der Groß-Berliner Gemeindeverwaltungen erstrebt und bei Überweisung auch zum Teil schon erreicht.

Auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung wurde die Beratung des Etats nach der Rede des Kommerzienrats auf Donnerstag vertagt.

Dann kamen zwei Anträge zur Verhandlung, von denen einer Genossin die schnelle Zurückziehung von Truppen aus den Schulen fordert und ein anderer allgemein die Verwendung der Schulen zu anderen Zwecken nicht zugebilligt werden möge. Genosse Mez. Wurm wies auf die sehr bekannten sehr üblen Zustände hin, die durch die Besetzung hervorgerufen worden sind. Stadtschulrat man mußte zugeben, daß die Freiwilligentruppen eine Schranke erhoben und gestrichen haben, was nicht nachgelassen war. Auch jetzt haben die Schulen ungenutzbar und militärische Anwesen gelitten.

Einem Antrag unserer Genossen wie auch der rechtsradikalen Fraktion folgend, beschloß die Versammlung, die städtischen Beamten, Lehrern und Angestellten ohne Rücksicht auf das Auswärtswohnen zu gestatten.

### Recht bezeichnend!

Uns wird geschrieben: In Nr. 159 „Vorwärts“ (12. 4. abends) heißt es in dem Artikel: „Die Kommunalisierung der Lebensmittelpreise.“

Durch die „Auge“ Kritik der Unabhängigen konnte erreicht werden, daß der bürgerliche Stadtrat 44 Stimmen als Weisungsbefehl aus der Hand der Einzelne der Deutschen brachte es also fertig, für die Stimmen, aber nicht für einen Sozialdemokraten, zu stimmen.

In Wirklichkeit sind laut amtlichem Wahlergebnis worden: 35 Stimmen für Riemeß, 7 für Fischer (Demokrat) — genau entsprechend der Zahl der anwesenden Einzelnen — weiße Stimmgelbe. Riemeß ist also mit 3 Stimmen und 27 S. P. Stimmen gewählt worden.

Es ist schwer zu glauben, daß der Berichterstatter sich „geirrt“ hat, da das Resultat sofort nach der Wahl veröffentlicht wurde. Vielmehr scheint der „Vorw.“ darauf hinzuweisen, daß bei der Fülle der von ihm angebotenen kleineren Verbündungen nicht alle bemerkt und berücksichtigt werden können.

### Achtung! R. P. D. Achtung!

Für die Arbeiterräte von Groß-Berlin sowie die autonomen Arbeiterräte der Gemeinden des Inneren Berlin der R. P. D. besteht die unbedingte Pflicht, jeder zur Vollversammlung am Sonnabend, den 19. April, zu erscheinen. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hat jede Stimme von Bedeutung. Niemand darf demnach ausbleiben. Der Fraktionsleiter.

Angehörige der Inhaftierten, die gewillt sind, am Abend vormittags ihre Lieben zu besuchen und ihnen Mittel zu bringen, werden gebeten, Sonnabend, den 19. April, um 8 Uhr an dem Bureau der U. S. P. D., Schillerstr. 21, Gos II, Lebensmittel abzuholen.

Regelung des Verkehrs. Wie wir hören, hat der Stadtschulrat das Polizeipräsidium dringend ersucht, auf den Straßen von Berlin einen starken Fahrzeugverkehr aufzuweisen haben, um die früheren und bewährte Verkehrsregelung eintreten zu lassen. Besonders ist auf die Verhältnisse auf dem Potsdamer Platz hingewiesen worden, die sich täglich unregelmäßig, furchtbare Passanten wie für die Fenster von Fahrzeugen, gefährlich begrüßen diese Wiedereinführung einer sich bereits bewährten Einrichtung, die eine dringende Notwendigkeit hat.

Das Osterfest werden alle Sparfassen und alle der Stadt Berlin am Sonnabend, den 19. April, als gewöhnlich geschlossen. Sparverkehre in den Bezirken findet nur bis 12 Uhr mittags statt. Die Sparfassen sind bis 1 Uhr geöffnet.

Wie die Erwerbslosenfürsorge des Lebensmittelpreises Groß-Berlin mitteilt, verzichtet sie mit Rücksicht auf die in der laufenden Woche auf die dritte Abstempelung der kommenden Woche auf die erste Abstempelung der letzten bei den Arbeitsnachweisen. Es sind also in der Woche der sonst vorgeschriebenen drei Stempel nur zwei erforderlich.

Solkonzert des Philharmonischen Orchesters am Sonntag, den 21. April, um 8 Uhr, in der Germania-Prachtställe, Chausseestraße 11, in der Zentralkasse für Volkstheater, Augsburgstr. 61, in der Berliner Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Zimmer 18, und in den betreffenden Bezirken.

Gesellschaftsanfragen. Der überaus zahlreiche am 3. und 11. April von der Deutschen Gesellschaft für Kampfung der Gesellschaften veranstalteten Vorträge hat deutlich bewiesen, wie wichtig die Vorträge gerade in der jetzigen Zeit ist. Um vielen unrichtigen Wünschen nachzukommen, will die Gesellschaft öffentlichen Vorträge nach Oben wiederholen, sie ist jederzeit bereit, für geschlossene Vereinsversammlungen Vorträge sowie Nachbildungen zur Verfügung zu stellen. Fragen sind zu richten an die Geschäftsstelle der D. G. S. Straße 45.